

GEMEINSAM & ENTSCHLOSSEN KAPITALISMUS ÜBERWINDEN

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT GEGEN KÜRZUNGSPOLITIK

Die Europäische Union steckt in einer tiefen Krise. Die Regierenden setzen auf massive Kürzungen, von denen europaweit vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen betroffen sind. Als Schuldige der Krise der Staatsfinanzen werden Beschäftigte, RentnerInnen und Erwerbslose dargestellt, die »über ihre Verhältnisse lebt« hätten. Seit Jahren hat sich der Druck auf Erwerbslose und Beschäftigte massiv erhöht: entgrenzte Arbeitszeiten, Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse, Zwang zu Flexibilität und Mobilität und wachsende gesundheitliche Belastungen sind die Folgen. Profitiert von dieser Entwicklung haben allein die Unternehmen, die sich zudem gerade in der BRD über »zurückhaltende Lohnforderungen« der Gewerkschaften freuen können.

Mit Hartz IV und der Agenda 2010 hat Deutschland die Standortkonkurrenz in Europa angeheizt. Der Ausbau des Niedriglohnssektors hatte zur Folge, dass die deutschen Reallöhne gesunken sind – im Gegensatz zu allen anderen Euro-Ländern. Deutschlands Exportindustrie sicherte sich die Absatzmärkte in der Euro-Zone. Das deutsche Kapital profitiert daher wie kein anderes vom europäischen Binnenmarkt und vom Euro. Die »Rettung« von strukturschwachen Ländern wie Griechenland oder Spanien liegt somit im Interesse der großen Konzerne und Banken.

GEMEINT SIND WIR ALLE

Für die Betroffenen in den jeweiligen Ländern ist das von der Troika aus EU-Kommission, IWF und Europäischer



Zentralbank verordnete Spardiktat eine Katastrophe: Rentenkürzung, Beamtenentlassung, die Mindestlohnsenkung, der Ausverkauf des Staatsvermögens und der Abbau sozialer Standards. Mit rassistischen Kampagnen gegen angeblich »faule SüdländerInnen« wird hierzulande eine Entsolidarisierung vorangetrieben, die ein gemeinsames Handeln der Betroffenen über Ländergrenzen hinweg verhindern soll. Stattdessen wird Leistungs- und Konkurrenzdenken propagiert. Ob in Griechenland, Portugal, Spanien oder hierzulande, überall geht es um das gleiche Ziel: die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.

ALLES FÜR DEN PROFIT

Das oberste Ziel der kapitalistischen Wirtschaft ist die Gewinnmaximierung. Alle UnternehmerInnen versuchen permanent

ihre Produktionskosten zu minimieren, das heißt auch die Lohnkosten zu senken. Ziel der Produktion ist hohe Renditen zu erwirtschaften, nicht die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, nicht der Schutz der Umwelt oder gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Das gesamte gesellschaftliche Leben wird nach Effizienzkriterien ausgerichtet. Von der Kita, den Bildungseinrichtungen, der Erwerbsarbeit bis ins Rentenalter: der Einzelne ist und bleibt ein Kostenfaktor und zählt nur als profitable Arbeitskraft oder zahlungskräftiger Konsument.

Mit dem Hinweis auf die »Schuldenbremse« und die leeren Kassen von Ländern und Kommunen werden öffentliche Aufgaben reduziert, ganz privatisiert oder in Kooperation mit privaten Unterneh-

men betrieben. In Berlin zeigen sich die Folgen der profitorientierten Wirtschaft auch im öffentlichen Nahverkehr. Wegen des Gewinnstrebens der Deutschen Bahn wurde die Berliner S-Bahn kaputtgespart. Eine Ausschreibung und Privatisierung der S-Bahn wird diese Situation nicht verändern, da wieder allein die Rendite und nicht die MitarbeiterInnen und Fahrgäste im Zentrum stehen wird.

DER WAHNSINN HAT SYSTEM

Die derzeitige »Schuldenkrise« ist nur ein Symptom eines tiefer liegenden Problems. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen, das heißt bei Konkurrenz und Profitstreben, kommt es zwangsläufig zu periodischen Krisen, da sich erst im Nachhinein herausstellt, ob eine Investition profitabel ist oder sie sich aufgrund

veränderter Bedingungen, unter anderem den Entscheidungen der Konkurrenten, als Fehlinvestition erweist. Die Regierenden setzen in der Krise auf den Abbau sozialer Standards und auf einen Umbau hin zu autoritären Staatsmodellen. Sie setzen auf Kriege für Rohstoffe und Absatzmärkte und haben bereits mit dem Iran und Syrien neue Kriegsziele ins Auge gefasst.

WIDERSTAND IST MACHBAR

Die Aufstände der Menschen in den arabischen Ländern, die Generalstreiks und Massendemonstrationen in Griechenland und die Occupy-Proteste beispielsweise in Spanien und den USA zeigen auf, was auch hierzulande längst nötig wäre. Gegen die Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen können wir nur kollektiv erfolgreich sein. Konkret erfordert das ein gemeinsames Handeln mit zum Beispiel den Beschäftigten von Charité Facility Management, die 13 Wochen lang gegen Niedriglöhne und prekäre Arbeitsbedingungen gestreikt haben. Solidarisches Handeln heißt auch, sich gemeinsam mit den Beschäftigten, RentnerInnen, Studierenden und Erwerbslosen in Europa zu vernetzen und gemeinsam gegen die Kürzungen der Troika zu kämpfen.

Lassen wir uns nicht einlullen von der Propaganda der Herrschenden, es gäbe keine Alternative. Es gibt immer eine Alternative, wenn wir bereit sind dafür zu kämpfen. Eine solidarische Welt ohne Konkurrenzkampf, Existenzangst und Armut ist möglich, aber nur wenn soziale Ziele das Wirtschaften bestimmen und die Produktionsmittel sich nicht im Besitz einer kleinen Minderheit befinden, sondern gesellschaftlich kontrolliert werden. ■

S-BAHN FÜR ALLE



Die S-Bahn ist regelmäßig wegen Zugausfällen und Verspätungen in den Medien. Die Ursachen bleiben aber meist im Dunkeln. Das S-Bahn-Volksbegehren setzt sich für Verbesserungen für NutzerInnen und Beschäftigte ein. Was S-BahnerInnen zu den Perspektiven bei der S-Bahn sagen, erläutert ein Lokführer im Interview. » 02

STREIKEN LOHNT SICH



13 Wochen haben die Beschäftigten des Charité Facility Management (CFM) gegen Niedriglöhne und prekäre Arbeitsbedingungen gestreikt. Kati Ziemer, Mitglied der Streikleitung, berichtet im Interview über Erfahrungen, Ergebnisse und Perspektiven des längsten Streiks in einem Krankenhausservicebereich. » 03

MIETHAIE STOPPEN



Der Immobilieninvestor Taekker ist in Berlin durch die Umwandlung seiner Mietwohnungen in Eigentumswohnungen ein Symbol für Mieterfeindlichkeit geworden. Doch nun holen MieterInnen zum Gegenschlag aus. Mehr dazu im Interview mit Martin Breger, Aktivist der Kreuzberger »Mieten AG«. » 04

ALLE RÄDER STEHEN STILL



Auf Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich sowie Entlassungen haben die 400 Beschäftigten im griechischen Stahlwerk »Elliniki Chalywurgia« seit Ende Oktober letzten Jahres mit Streik geantwortet. Im Interview erklären die Beschäftigten, warum es keine Alternative zu diesem Konfrontationskurs geben kann. » 06

BILDUNG STATT KRIEGSEINSÄTZE



Die Bundeswehr hat sich zu einer Interventionsarmee gewandelt. Sie wird zur Durchsetzung imperialistischer Interessen wie dem Zugang zu Rohstoffen oder der Freihaltung von Handelsrouten eingesetzt. Rekruten will sie verstärkt in Schulen werben. LehrerInnen und SchülerInnen widersetzen sich der Werbeoffensive. » 07

ZERSCHLAGUNG DER S-BAHN VERHINDERN

Gespräch mit dem Lokführer Willy Willuschi zur Situation bei der Berliner S-Bahn

Ausfallende oder verspätete Züge bei der S-Bahn sind ein Dauerthema in Berlin. Die Geschäftsführung hat bei Ausfällen im Dezember 2011 den Lokführern die Schuld zugewiesen. Die Ausfälle wurden mit einer »kurzfristigen Erkrankung von Triebfahrzeugführern« begründet. Wer ist tatsächlich schuld am S-Bahn-Chaos?

WILLY: Wenn wir als Beschäftigte allein nach den Schuldigen suchen würden, könnten wir schnell die Geschäftsführung der S-Bahn benennen, die erkrankte Triebfahrzeugführer für Zugausfälle verantwortlich macht. Doch wir wollen lieber die Ursachen benennen, warum die Geschäftsführung uns Beschäftigte in der Öffentlichkeit für ihr Missmanagement an den Pranger stellt.

Die Unternehmensführung hat über Monate hinweg darauf spekuliert, dass aufgrund fehlender Züge auch weniger Triebfahrzeugführer gebraucht werden. Jetzt geht diese Rechnung jedoch nicht mehr auf. Die Geschäftsführung verbuchte offensichtlich gegenüber dem Auftraggeber (VBB) den von ihr selber geschaffenen Personalmangel als kurzfristige Ereignisse im Sinne des S-Bahn-Verkehrsvertrages. Indem sie für die Zugausfälle lieber eine geringe Strafe zahlt, statt Personal einzustellen, spart die Geschäftsführung noch dabei.

Völlig skrupellos wird dazu gerade den erkrankten Triebfahrzeugführern die Schuld in die Schuhe geschoben, die unter anderem auch wegen zu hoher Arbeitsbelastung erkrankt sind, die ebenfalls allein die S-Bahn-Geschäftsführung zu verantworten hat. Der Krankenstand bei den Triebfahrzeugführern befindet sich mit sieben bis zehn Prozent in einem für Wechselschichtarbeiter noch sehr gesundem Verhältnis. Daher haben sich die Triebfahrzeugführer auch mit offenen Beschwerden an die Unternehmensführung und den Betriebsrat, sowie mit neuerlichen Krankschreibungen – wegen



»Blutdruck« – gegen diese Anschuldigungen zur Wehr gesetzt. Das Thema ist aber noch nicht gegessen, was die Reaktion der Geschäftsführung aufzeigt.

Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) treibt momentan, eine Ausschreibung von Teilnetzen voran. Damit hätten private Unternehmen die Möglichkeit, einen Teil der Strecke zu betreiben. Was halten die Beschäftigten von solchen Plänen?

WILLY: Es war die S-Bahn-Betriebsversammlung am 13. Dezember 2011, in der sich 400 KollegInnen der S-Bahn mit ihrer Unterschrift gegen die Ausschreibung ihrer Arbeitsplätze und für die Gründung

eines »Aktionsausschuss 100% S-Bahn« der S-BahnerInnen ausgesprochen haben. Der Aktionsausschuss nahm daraufhin seine Arbeit auf und informierte die S-BahnerInnen ausführlich über die Ausschreibungspläne, beziehungsweise was für verheerende Auswirkungen deren Umsetzung auf die Arbeitsplätze der S-BahnerInnen und die Zukunft der S-Bahn haben würde. Den KollegInnen wurde von den Mitstreitern des Aktionsausschusses mehr als deutlich dargestellt, dass neben der geplanten Ausschreibung auch die Schaffung eines Fahrzeugpools durch Unternehmen, Politik und Banken, eine Zerschlagung der S-Bahn und den Verlust von mehr als 2000 Arbeitsplätzen bei der S-Bahn Berlin GmbH bedeuten würde.

Während der S-Bahn-Betriebsversammlung am 8. März 2012, an der auch der verkehrspolitische Sprecher der SPD (Christian Gaebler) teilnahm, stimmten 100 Prozent der 500 anwesenden S-BahnerInnen gegen die Ausschreibung der S-Bahn. Mit diesem klaren Votum der S-BahnerInnen, wurde insbesondere der SPD-Vertreter aus dem Berliner Abgeordnetenhaus, die diesbezüglich bisher passiven Gewerkschaftsvertreter von EVG und GDL, der die Ausschreibung ebenfalls ablehnende Betriebsrat der S-Bahn und auch die Geschäftsführung aufgefordert, die deutlich gewordene Position der S-BahnerInnen mit in ihre Gremien zu nehmen und dementsprechend zu handeln.

Wie können sich die Beschäftigten am besten gegen die momentane Situation wehren?

WILLY: Ein bedeutendes Zeichen haben die S-BahnerInnen bereits gesetzt. Sie haben sich kollektiv gegen die Ausschreibung und Zerschlagung ihrer Arbeitsplätze ausgesprochen. Es ist einer der wichtigsten Prozesse in der Geschichte der Berliner S-Bahn, nach dem politischen Eisenbahnerstreik im Jahr 1980 in West-Berlin. So sind weitere gewerkschaftsübergreifende Aktionen vom »Aktionsausschuss 100% S-Bahn« und damit von den S-BahnerInnen geplant. Jede S-Bahnerin und jeder S-Bahner wird sich daran beteiligen können. Hier und jetzt kann verständlicherweise jedoch noch nicht jede Einzelheit veröffentlicht werden, mit welchen Aktionen die S-BahnerInnen ihren kollektiven Widerstand leisten werden. Er wird jedoch seine Wirkung nicht verfehlen, an der die Politiker, die Unternehmensführung und die bisher noch passiven Gewerkschaftsfunktionäre zu knabbern haben werden.

Was muss passieren, dass die S-Bahn sowohl den Beschäftigten als auch den NutzerInnen keinen Frust mehr bereitet?

WILLY: Die Wiederherstellung der Züge und der Betrieb der Berliner S-Bahn kann auch zukünftig nur unter dem Dach und der Mitverantwortung der Deutschen Bahn AG erfolgen. Nur mit allen für einen Betrieb der S-Bahn notwendigen betrieblichen und organisatorischen Bereichen, was sich über Jahrzehnte hinweg bewährt hat, kann wieder ein funktionierender und zuverlässiger Betrieb der S-Bahn hergestellt werden. Die Grundlage für einen Betrieb der S-Bahn darf sich in keinem Fall auf mögliche Renditeerwartungen ausrichten, sondern allein auf die Daseinsvorsorge für die BürgerInnen in Berlin und Brandenburg, unter Berücksichtigung der Interessen der S-BahnerInnen. Dazu ist eine politische und unternehmerische Neuausrichtung der Berliner S-Bahn durch uns alle notwendig. ■

S-BAHN-VOLKSBEGEHREN UNERWÜNSCHT

Senat will das Volksbegehren »Rettet unsere S-Bahn« verzögern und Fakten schaffen



Mitte letzten Jahres startete der Berliner S-Bahn-Tisch die erste Stufe für das Volksbegehren »Rettet unsere S-Bahn«. Konkretes Ziel des Volksbegehrens ist es unter anderem, den Einsatz von Personal und Wagenkapazitäten zu erhöhen, eine tarifliche Entlohnung der S-Bahn-Beschäftigten zu sichern und die Verträge zwischen dem Land Berlin und der S-Bahn offenzulegen. Mehr als 30 000 Berlinerinnen und Berliner haben das Volksbegehren unterstützt, wodurch die erste

Stufe erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Im Februar erklärte der Berliner Senat nun das Volksbegehren für ungültig aufgrund juristischer Bedenken.

Der Berliner S-Bahn-Tisch hält das Agieren des Senats für eine reine Verzögerungstaktik. Und in der Tat: Im Juli soll die offizielle Ausschreibung von Teilstrecken des S-Bahn-Betriebs beginnen. Hier würde das Volksbegehren ein reibungsloses Ausschreibungsverfahren stören. Der juristische Winkelzug verschafft dem Senat

Spielraum, um an seinem eigentlichen Ziel festzuhalten: der Zerschlagung und Privatisierung der S-Bahn. Wieder einmal macht die Berliner SPD damit deutlich, dass ihre Parteitagebeschlüsse nichts bedeuten. Der Landesparteitag der SPD hatte eindeutige Beschlüsse gegen eine Teilausschreibung der S-Bahn gefasst. Gleichzeitig hatte die verantwortliche Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer sich bereits vor der Berliner Wahl in der SPD-Mitgliederzeitung »Berliner Vorwärts« für eine Teilausschreibung der S-Bahn ausgesprochen.

Das Vorgehen des Senats ist nicht neu: Andere Volksbegehren wurden mit gleichen Maßnahmen behindert, wenn sie erfolgreich waren. Hinzu kommt beim S-Bahn-Volksbegehren, dass SPD und CDU die Zusammensetzung des Berliner S-Bahn-Tischs ganz und gar nicht schmeckt. Denn neben Fahrgastverbänden, Vereinen und Parteien zählt auch die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und der Betriebsrat der S-Bahn zu den Unterstützern des Volksbegehrens.

Bekräftigt wird die Einschätzung des Berliner S-Bahn-Tischs durch den Senat selbst, beziehungsweise dessen Argumentation bei der Ablehnung des Volksbegehrens. So hatte der Senat Bedenken angemeldet wegen der Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen bei Veröffentlichung der Verkehrsverträge. Nur wenige Tage später wurden die Verträge ohne Schwärzungen vom Senat veröffentlicht. Hat sich in dieser kurzen Zeitspanne die Rechtslage geändert? Weiterhin stellt der Senat in seiner Ablehnungsbegründung fest: »Bezüglich künftiger Verkehrsverträge hängt die Erfüllung der Forderungen davon ab, ob sich ein Unternehmen findet, das die Vorgaben akzeptieren würde. Auch dies lässt sich nicht per Gesetz beschließen.« Das heißt im Klartext: Das S-Bahn-Volksbegehren stört beim Teilverkauf der S-Bahn. Das heißt aber auch: Die Interessen von Privatinvestoren haben absolute Priorität.

Nicht zuletzt argumentiert der Senat mit scheinbaren Sachzwängen wie zum Beispiel: Die geforderten Wagenkapazitäten seien aus technischen Gründen nicht

möglich. Das Volksbegehren fordert aber nichts anderes, als die Wagenkapazitäten mit einer entsprechenden Reserve auf den Stand des Jahres 2005 zu bringen – also auf den Stand, als der Betrieb noch gewährleistet war. Die Notwendigkeit dieser Forderung unterstreicht der ständige Ausnahmezustand im S-Bahnbetrieb.

Die im S-Bahn-Tisch zusammengeschlossenen Organisationen sehen das Volksbegehren als ein Mittel zur Mobilisierung im Kampf gegen die Zerschlagung und Privatisierung der S-Bahn. Gleichzeitig betonte die stellvertretende Vorsitzende der EVG Berlin, Katrin Dornheim, in einem Interview: »Volksbegehren (...) können also nur ein Mittel sein, um von außen auf die politisch herrschenden Parteien Druck zu entfalten. Letztlich müssen die Menschen begreifen, dass sie ihre Belange selbst in die Hand nehmen müssen, wenn sich etwas verändern soll.« Von strategischer Bedeutung wird dabei sein, dass insbesondere die S-Bahn-Beschäftigten die Sache in die Hand nehmen und dabei auch nicht vor betrieblichen Kampfmaßnahmen zurückschrecken. ■

ZUSAMMENHALT DURCH STREIKERFAHRUNG

Kati Ziemer, zurzeit nicht aktive Streikleitung, über den Streik bei Charité Facility Management



Die Charité hat 2006 die Bereiche Material- und Versorgungswirtschaft sowie Bau und Technik an die CFM ausgegliedert. Welche Folgen hatte die Ausgliederung für die Beschäftigten?

KATI: CFM wurde in der Regierungszeit eines rot-roten Senats gegründet, um Kosten in Millionenhöhe zu sparen. An dem Tochterunternehmen hält die Charité 51 Prozent und 49 Prozent ein privates Konsortium, bestehend aus VAMED, Hellmann Logistics, Dussmann. Frei werdende Arbeitsplätze werden mit KollegInnen besetzt – unter bedeutend schlechteren Konditionen und meist mit befristeten Arbeitsverträgen. Diese unsicheren Arbeitsverhältnisse verursachen eine hohe Fluktuation. Der Anteil an Leiharbeit in der CFM ist stetig gewachsen, besonders im Krankentransport und in der Sterilisation. Da der Leistungsvertrag mit der Charité jährlich eine Einsparsumme von zehn Millionen Euro vorschreibt, wurden Leistungen

und Personal gekürzt. Somit findet eine permanente Arbeitsverdichtung statt.

Beschäftigte von CFM haben Ende 2011 13 Wochen lang gegen Niedriglöhne und prekäre Arbeitsbedingungen gestreikt. Welche konkreten Forderungen sollten mit dem Streik erreicht werden?

KATI: Die streikenden KollegInnen der CFM haben den bisher längsten Streik in einem Krankenhausservicebereich durchgehalten. Das Ziel ist ein Tarifvertrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in der CFM. Es geht bei den Forderungen nicht nur um das Geld. Gute Arbeitsbedingungen umfassen mehr. Der Tarifvertrag der Charité ist die Orientierung, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und gleiche Arbeitszeiten, Urlaub und Erschwerniszuschläge. Bisher wird das meist individuell ausgehandelt. Ein weiteres Ziel ist die Rückführung der Tochter der Charité und die Anwendung des Tarifvertrages der Charité.

Seid ihr mit dem Verlauf des Streiks und den Ergebnissen zufrieden?

KATI: Durch die lange Zeit war es ein sehr anstrengender Streik und wir konnten nicht den wirtschaftlichen Schaden erreichen, um somit genügend Druck auf den Arbeitgeber aufzubauen. Somit haben wir unsere Forderungen nicht durchsetzen können. Der Arbeitgeber agierte mit hohem Einsatz von Leiharbeitern, Arbeitsverdichtung, Überstunden und massiven Einschüchterungen. Und doch wurde der Klinikablauf empfindlich gestört.

Mit der Eckpunktevereinbarung vom Dezember haben wir 8,50 Euro Stundenlohn für die Niedriglohnbereiche und eine Einmalzahlung von 300 Euro vereinbart, das ist in einigen Bereichen eine Steigerung von fast 30 Prozent. Leider gilt dies nicht für die KollegInnen der Reinigung. Die Vereinbarung enthält die Zusage, 2012 einen Manteltarifvertrag für die CFM zu verhandeln. Es wird also weiter verhandelt – und wenn es sein muss auch wieder gekämpft.

Wie war der Zusammenhalt unter den KollegInnen und wie ist das Verhältnis zu den Angestellten bei der Charité?

KATI: Die Streikenden sind in dieser Zeit zu einer starken Gemeinschaft zusammen-

gewachsen. Bei unseren vielen Aktionen haben wir uns gut kennen gelernt, um in Zukunft mit schwierigen Situationen besser umgehen zu können.

Die Beschäftigten der Klinik haben uns unterstützt, indem sie sich beschwert haben über viel zu lange Wartezeiten bei Patiententransporten und nicht ausgeführte Reparaturen. Es gab Unterschriftensammlungen und aufmunternde Worte. Ein Teil der Charité-Beschäftigten war zum Solidaritätsstreik aufgerufen, was uns vor allem im technischen Bereich geholfen hat. Leider waren es zu wenige.

Wie kann praktische Solidarität mit den Beschäftigten aussehen?

KATI: Solidarität heißt aber auch Unterstützung von außen. Im Mai 2011 wurde das Solidaritätskomitee für die CFM-Beschäftigten gegründet. Die Gründungsmitglieder kamen aus Berliner Betrieben, Gewerkschaften und linken Parteien. Auch viele Einzelpersonen waren beteiligt. Diese haben uns immer vor Ort, im Streiklokal, als Streikposten, beim Erstellen, Drucken und Verteilen der Streikkuriere und bei den vielen öffentlichen Aktionen wie Demos und Kundgebungen unterstützt. Auch ist mit Hilfe des Soli-Komitees eine Spendensammlung für die KollegInnen der Reinigung ermöglicht worden, die in der Eckpunktevereinbarung nicht berücksichtigt wurden. Streiken lohnt sich und ist für alle Beteiligten ein Gewinn. ■



OHNE STREIK WIRD ES NICHT GEHEN

Interview mit dem Kollegen Rolf W., aktives Gewerkschaftsmitglied bei Verdi und im BSR-Personalrat



Rolf, du bist seit Jahrzehnten aktives Mitglied bei Verdi und politisch aktiv. Wie sieht es in Deinem Betrieb anlässlich der jetzigen Tarifverhandlungen aus?

ROLF: Die Berliner Stadtreinigungsbetriebe sind das größte kommunale Entsorgungsbetrieb Deutschlands. Insgesamt arbeiten bei der BSR 5300 KollegInnen und Kollegen. Die BSR zeichnet sich vor allem durch ihren hohen gewerkschaftlichen Or-

ganisationsgrad aus: rund 80 Prozent der Belegschaft sind Mitglied bei Verdi.

Bei den diesjährigen Tarifverhandlungen gehört die Belegschaft der BSR neben denen der Vivantes-Kliniken, den Bundesbehörden und den Wasserbetrieben zu den großen Bataillonen bei den Tarifauseinandersetzungen. Verdi geht mit der Forderung nach 6,5 Prozent Lohnerhöhung, mindestens aber 200 Euro in die Tarifauseinandersetzung.

Bekanntlich wird die Gegenseite mal wieder die angebliche Unmöglichkeit dieser Forderung beklagen. Wie schätzt du die Chancen ein?

ROLF: Wir wollen ganz bewusst für unsere Forderung kämpfen. Es ist eine klare Lohn- und Gehaltsforderung, die vollkommen angemessen ist. Die Beschäftigten müssen teilhaben an der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir legen ein starkes Augenmerk auf die geringeren Entgelt-, also

Einkommensgruppen. Eines ist jetzt schon klar: ohne Aktionen – inklusive Streik – wird es nicht gehen.

Die Arbeitgeberseite kommt mit dem Argument der leeren Kassen und der privaten Konkurrenz, wie sieht es damit aus?

ROLF: Die Arbeitnehmer können nicht in Geiselschaft für angeblich leere Kassen genommen werden. Es sind bewusste politische Entscheidungen, wo das Geld hinfließt. Was die Konkurrenz angeht: Unsere Gewerkschaft und unsere KollegInnen und Kollegen setzen sich für einen allgemeingültigen, gesetzlichen Mindeststundenlohn von 8,50 Euro ein. Das heißt, darauf soll jeder und jede Einzelne einen individuellen Anspruch haben. Wenn zum Teil in der privaten Entsorgungswirtschaft mit Dumpinglöhnen gearbeitet wird, dann ist das eine Sauerei. Lohndumping wirkt sich auf alle aus, nicht nur auf die unmittelbar Betroffenen.

Auch die CDU hat dieses Thema für sich entdeckt ...

ROLF: Die CDU spricht sich für einen branchenbezogenen Mindestlohn aus, der nicht gesetzlich festgelegt werden soll, dieser soll dann von Tarifparteien verhandelt werden. Das ist Augenwischerei. Für die Abfallwirtschaft sieht es so aus, dass über 90 Prozent der privaten Entsorgungsbetriebe in Berlin und Brandenburg nicht tarifgebunden sind.

Die KollegInnen und Kollegen aus tarifgebundenen Betrieben müssen sich mit den KollegInnen und Kollegen in nichttarifgebundenen Betrieben solidarisieren! Ein Mindestlohn ist so etwas wie die unterste gesetzliche Fallhöhe! Hinzu kommt: die Demokratie am Arbeitsplatz, die Mitbestimmung, ist in den letzten Jahren noch mehr zurückgegangen. Leih- und Zeitarbeit zum Beispiel werden immer mehr missbraucht.

Wo Geld hinfließen soll, ist eine politische Entscheidung. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage nach der »Griechenlandhilfe« auf.

ROLF: Die Zeche für das Gemisch aus Steuerflucht, Korruption und Casino-Spekulationen sollen jetzt die Arbeitnehmer, Schüler, Studenten und Rentner in Griechenland zahlen. Deshalb ist es selbstverständlich, dass sich die Gewerkschaften gegen die Kürzungsorgien solidarisieren.

Griechenland wird durch die internationalen Banken- und Finanzmärkte geknebelt. Die Regierungen in der EU haben den Casino-Spekulanten Tür und Tor geöffnet, die ihre Politik gegen die Interessen ganzer Völker durchsetzen, und sich dann noch die Rückversicherung dafür über die Steuerzahler holen. Rettungsschirme gibt's für Banken, Spekulanten, Unternehmer und Besizende. Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht im Regen stehengelassen werden, müssen wir international zusammenstehen! ■

MIETERINNEN WEHREN SICH GEGEN TAEKKER

Interview mit Martin Breger, ein Aktivist der Kreuzberger »Mieten AG«, der maßgeblich an der Organisation des Widerstands gegen Taekker beteiligt ist



Was brachte dich zur Initiative gegen den dänischen Immobilienkonzern Taekker?

MARTIN: Seit Gründung der »Mieten AG« 2009 ist uns die Firma Taekker bekannt, da sie im Graefekiez einer der größeren Investoren ist. Unsere Befürchtung war, dass ein Investor einen ganzen Straßenzug aufkauft und zum beherrschenden Faktor wird. Das hat sich so nicht bewahrheitet, da durch Altbaustruktur begünstigt eine Vielzahl von Eigentümern besteht. Der Effekt liegt im zunehmenden Druck auf den Kiez durch Umwandlung in Eigentumswohnungen – und hier bekommt Taekker seine Bedeutung. Große Teile des Hausbesitzes sind in Friedrichshain-Kreuzberg, aber nicht nur, und somit kiezübergreifend.

Hat der Widerstand gegen Taekker besondere Bedeutung für Berlin?

MARTIN: Taekker ist als Akteur auf dem finanzorientierten Immobilienmarkt

ein typischer Repräsentant. Der Erwerb des Immobilienportfolios erfolgte unter den Bedingungen einer neuen Eigentümerschicht, deren Ziel es ist, innerhalb des kurzen Kapitalverwertungszyklus möglichst hohe Renditen über Mietsteigerungen und abschließend über die Umwandlung der Wohnungen in Eigentum zu erzielen.

Fallen der Berliner Mietpolitik nun auch immer mehr »Normalverdiener« zum Opfer?

MARTIN: Genau das passiert. Natürlich ist ein Ergebnis dieses Verwertungszyklus von Kapital die Verdrängung einkommensschwacher Teile der Mieterschaft. Der Mietraum an kleinen und günstigen Wohnungen verringert sich zugunsten aufwendig sanierter und vergrößerter Wohnungen. Insgesamt sinkt der Bestand an Wohnraum und erhöht den Druck auf den Mietwohnungsmarkt, so dass mittlere EinkommensbezieherInnen anfangen Eigentumswohnungen zu erwerben. Wer

sich diesem Diktat nicht unterwirft und das Risiko der Verschuldung nicht eingehen will, ist dem Prozess der Verdrängung unterworfen. Es wächst der Druck sich für Grundbedürfnisse wie Wohnen, Gesundheitsversorgung und Altersversorgung immer tiefer zu verschulden.

Was sind die Zielsetzungen der Initiative gegen Taekker?

MARTIN: Kiez-Initiativen verstehen sich als selbstorganisierend. Das klassische Mittel der Mieterorganisation findet über Mietervereine statt. Hiermit ist eine einseitige Form der Organisation für den Mieterwiderstand vorgezeichnet: Er ist über eine Gesetzgebung vordefiniert und durch die Mietervereine natürlicherweise fokussiert auf das Wohnrecht. Somit wird die MieterInnenschaft vereinzelt und erfährt bis hin zu Gerichtsprozessen den Vorgang des Widerstands als individuelle Auseinandersetzung zwischen Eigentümer und Mieter. Es gibt aber auch den politischen Widerstand – dies ist das Ziel

einer anderen Mieterorganisation in der Kiezinitiative. Die Vernetzung von Initiativen in ein stadtweites Bündnis war ein großer Fortschritt, dieser Prozess ist aber noch nicht ausreichend. Viele unserer Kämpfe scheinen nicht erfolgreich, was den konkreten Umgang mit Wohnraum angeht – sie müssen durch politisches Handeln begleitet werden. Die Forderung nachhaltiger Stadtentwicklung für Betroffene, Verbote von Zweckentfremdung und bessere Milieuschutzsatzungen sind ein Teil hiervon.

bleiben nach der mietenpolitischen Verwüstung durch Rot-Rot überhaupt rechtliche Handhaben?

MARTIN: In der jetzigen Form nicht. So ist die Modernisierung von Wohnraum nach Standard oder eine energetische Sanierung für viele bereits mit erheblichen Mietsteigerungen verbunden, die zum Auszug führen. Der Vergrößerung von Wohnungen nach Grundrissveränderungen kann wegen des Eigentumsrechtes

nicht mehr widersprochen werden – die Folge ist der Abbau kleinerer Wohnungen bis 50 Quadratmeter. Die soziale Durchmischung eines Kiezes kann unter diesen Prämissen nicht erhalten werden. Ein Verbot der Umwandlung in Eigentumswohnungen ist sinnvoll. Genehmigungspflicht durch den Bezirk muss mit Mietbindungen gekoppelt werden.

Wo liegen Probleme der Mobilisierung?

MARTIN: Schwierigkeit der Mobilisierung ist immer das Moment der direkten Betroffenheit. In diese geraten viele, da der Druck auf den Mietenmarkt durch den Boom der Immobilienspekulation weiterhin anhält. Aufgrund der zunehmenden Segregation der Gesellschaft in Verlierer und Nutznießer ist es dringend geboten, die Diskussion, auch in den Medien, zur Infragestellung der Privatisierungsbestrebungen neoliberaler Politik zu führen.

Informationen zum Kampf der MieterInnen: taekkerwatch.plutz.net.

TATORT JOBCENTER

Ein Ort der permanenten sozialen Auseinandersetzung



In Neukölln leben 310 000 Menschen. Rund ein Viertel von ihnen bekommt in irgendeiner Weise Geld über das Jobcenter – als Aufstockerin, Ein-Euro-Jobberin, als TeilnehmerIn einer Fortbildung oder eines »Trainings«. Für unser Einkommen hier hat das Jobcenter Neukölln damit eine ähnliche Bedeutung wie VW in Wolfsburg. Es erscheint wie eine neue, seltsame Form der Fabrik, ein Ort, zu dem wir hingehen müssen, um unser Geld zu kriegen, an dem wir beherrscht und verwaltet werden.

In der Fabrik wurden die Arbeitenden zur Masse, konnten so aber auch gemeinsame Erfahrungen sammeln und wurden zu Handelnden im Klassenkampf. Im Jobcenter hingegen kennen sich die

»KundInnen« nicht. Genau das ist das Ziel, denn der heutige Kapitalismus baut auf Individualisierung und Trennung. Das waren die Erfahrungen im Rahmen der »Militanten Untersuchung« am Jobcenter Neukölln. »Militante Untersuchung« steht für zahlreiche Gespräche mit Menschen am Jobcenter mit dem Ziel zu verstehen, wie dieser Apparat funktioniert, und zu zeigen, dass wir zusammen dagegen kämpfen können.

Bei der Auswertung der Gespräche zeigte sich, dass bestimmte Probleme immer wieder genannt wurden: mit Ein-Euro-Jobs, mit der Höhe der Bezüge, langen Wartezeiten und der undurchsichtigen Behördenstruktur – aber auch mit rassistischer Diskriminierung, entmündigender Behandlung und fehlender Rücksichtnahme. Diese Probleme gehen einher mit verschiedenen Strategien des Kleinhaltens. Konflikte werden als Fehlverhalten der »KundInnen« verkauft und es wird der Glaube vermittelt, dass das eigene Versagen in die Erwerbslosigkeit geführt habe. Eine weitere Erfahrung ist das Gefühl der eigenen Nutzlosigkeit. Ein weiteres Moment ist die Angst, die von einem übermächtig empfundenen Gegner herrührt.

Aber es gibt auch Widerstand, der sich etwa in der hohen Zahl an Widersprüchen

und Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide ausdrückt. In Berlin-Neukölln gibt es etwa 1500 Widersprüche pro Monat. Die »Militante Untersuchung« will solche und andere Widerstandspraktiken aufnehmen und für mehr Menschen zu einem gangbaren Weg machen – und zwar auch über den Kreis der Erwerbslosen hinaus. Denn entgegen den Spaltungsdiskursen der herrschenden Krisenpolitik sind die Auseinandersetzungen am Jobcenter auch für Lohnabhängige und Prekäre von Bedeutung. Nicht nur, weil alle Beschäftigten auch potentielle Erwerbslose sind, sondern auch weil durch Niedriglöhne und Aufstockung, nicht gemeldete Lohnarbeit und subventionierte Selbständigkeit und so weiter, die Grenzen zwischen beiden Gruppen schon lange durchlässig geworden sind.

Das Jobcenter ist ein Ort der sozialen Auseinandersetzung, an dem wir um Hartz-IV-Bezug, gegen sinnlose Maßnahmen, um menschenwürdige Behandlung und soziale Rechte kämpfen. Es handelt sich dabei um eine Form des Klassenkampfes, die ein wichtiger Teil und Ausgangspunkt einer Auseinandersetzung um Klassenmacht ist.

zusammendagegen.blogspot.de
zusammen.dagegen@web.de

AUSBEUTUNG

Spätkaufverkäufer wehrt sich erfolgreich gegen schlechte Arbeitsbedingungen

Mit einem Vergleich endete der Lohnkampf, den ein mehrere Jahre in einem Friedrichshainer Spätkauf beschäftigter Verkäufer gegen seinen Boss geführt hat. Er arbeitete mehrere Jahre sechs Tage in der Woche bis zu zehn Stunden täglich in dem Laden. Bezahlt bekam er dafür den Lohn eines Minijobbers. Nachdem der Druck immer mehr zunahm und sein Boss den Arbeitsplatz durch eine Kamera überwachen ließ, war die Geduld des Kollegen zu Ende. Zunächst sprach er FreundInnen und KollegInnen an, dann wandte er sich an die Freie ArbeiterInnenunion, eine Basisgewerkschaft, die auch KollegInnen in schwer zu organisierenden Branchen unterstützt.

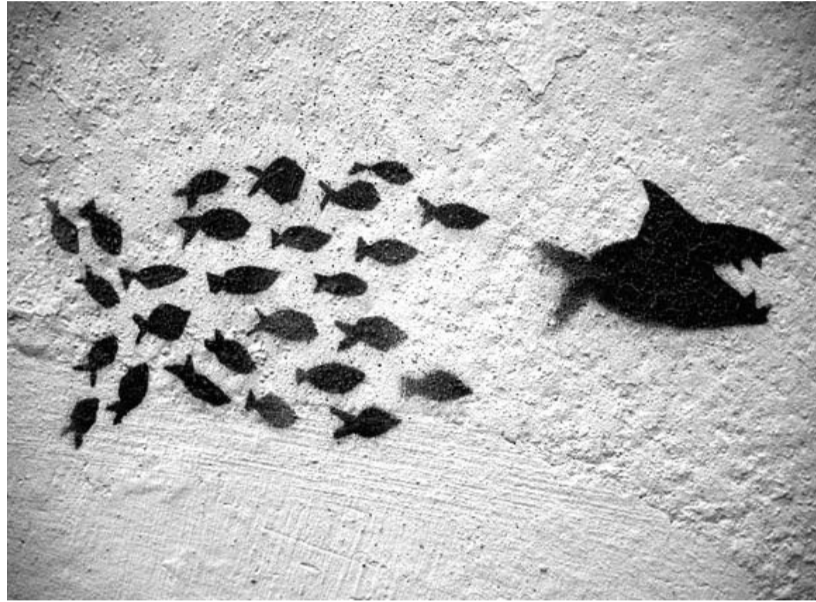
Gemeinsam mit einer in Friedrichshain aktiven linken Gruppe wurde eine Nachbarschaftsinitiative gegründet, die im Stadtteil für Öffentlichkeitsarbeit sorgte. Weil es im Spätkauf in der Regel nicht die solidarischen KollegInnen gibt, mussten andere Wege zur Unterstützung gegangen werden. Daher war es wichtig, die NachbarInnen zu informieren, die unter Umständen auch KundInnen in dem Spätkauf sind. In der Umgebung des Ladens wurden Plakate geklebt, in

denen über die Ausbeutung um die Ecke informiert wurde. Zeitgleich wurden Infoblätter mit dem gleichen Inhalt in die Briefkästen der NachbarInnen gesteckt. Danach wurde der Druck auf den Spätkauf-Besitzer mit Kundgebungen verstärkt. Mit Hilfe der FAU hatte der Kollege eine Klage vor dem Arbeitsgericht angestrengt. Ende Dezember konnte er schließlich eine Abfindung in vierstelliger Höhe durchsetzen. Zudem wurde ihm bescheinigt, dass er sechs Tage die Woche in dem Laden gearbeitet hatte. Der Spätkaufbesitzer musste sich verpflichten, sämtliche Klagen gegen den Kollegen, seine UnterstützerInnen und solidarische Medien einzustellen.

Dieser Lohnkampf zeigt, dass auch in schwer organisierbaren Bereichen wie den Spätkäufen Widerstand möglich ist. Das ist umso wichtiger, weil die Niedriglohnbranche ständig wächst. Nach dem Ende des Lohnkampfes wurde das Ergebnis im Stadtteil plakatiert mit einer Adresse für Betroffene, die in einer ähnlichen Situation sind, damit das Beispiel des Kollegen Schule macht: Sozial- und Arbeitsberatung, jeden Freitag, 17 bis 18 Uhr, im FAU-Lokal, Lottumstraße 11, nahe Rosa-Luxemburg-Platz.

ERFOLGREICHER KAMPF IST NUR GEMEINSAM MÖGLICH

Gewerkschaften und soziale Bewegungen müssen den Schulterschluss suchen



Die Industriearbeiterschaft wächst im internationalen Rahmen immens, vor allem in den sogenannten ehemaligen Schwellenländern wie Indien, China oder Brasilien. Technologisch und hinsichtlich der beruflichen Qualifikation haben diese Staaten die Schwelle zur Konkurrenzfähigkeit mit den traditionellen Industrienationen inzwischen überschritten. Was die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse angeht, so unterscheiden sich diese noch erheblich, wenn man von Spitzenfachkräften absieht.

Das weltweite Wachstum der Arbeiterklasse entspricht nicht der Entwicklung in den Staaten der EU. Großbritannien ist industriell so gut wie entkernt. Auch in Deutschland haben Industriearbeitsplätze abgenommen. Jedoch lag und liegt –

unter anderem aufgrund des hohen Organisationsgrades – im industriellen und verarbeitenden Sektor die Basis starker Gewerkschaften. Hinzu kommt, dass ein Drittel aller Beschäftigten sich von Vertrag zu Vertrag, von befristetem Job zum nächsten hangelt – wenn nicht die Arbeitslosigkeit dazwischen kommt. Die Bedingungen zur Bildung von Solidarität und Klassenbewusstsein sind dadurch schwieriger geworden.

Was allen Angehörigen der Arbeiterklasse mit ihren unterschiedlichen sozialen Milieus gleich ist – national wie international, im Beschäftigungsverhältnis oder ohne Arbeit – ist die Unterwerfung unter das Diktat der Lohnarbeit. Vor diesem Hintergrund hat in den letzten 25 Jahren in der BRD das Kapital, unterstützt durch alle wechselnden Regierungskoalitionen,

einen bis heute anhaltenden zerstörenden Feldzug gegen die Errungenschaften der Gewerkschaften und politischen Bewegungen geführt. Mit dem Zusammenbruch der DDR und der Sowjetunion bekam der neoliberale Schleifungs- und Ausbeutungsprozess gegen die lohnabhängigen Werktätigen eine zusätzliche Dynamik.

Es gibt keinen Bereich der Sozialpolitik, der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik, in dem es nicht zu einem drastischen Abbau ehemals erkämpfter Rechte und Leistungen kam. Auch in Deutschland hat sich der Neoliberalismus in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auf Kosten von Millionen von Menschen zum Nutzen weniger durchgesetzt.

Ohne einen Kampf der Gewerkschaften im Bündnis mit den antikapitalistischen sozialen Bewegungen außerhalb der Betriebe ist ein erfolgreicher Abwehrkampf, geschweige denn eine Offensive gegen das Kapital nicht möglich. Die Arbeiterklasse im umfassendsten Sinne wird verlieren, kommt es nicht zur Bildung dieses Bündnisses.

Aus den gewerkschaftlichen Strukturen heraus muss für eine Politik der Mobilisierung und Aktion gearbeitet werden, welche den engen betrieblichen Rahmen sprengt. An dieser Orientierung arbeitet heute vornehmlich die antikapitalistische Betriebslinke, nicht selten gegen die bleiernen Hintern von Funktionären verschiedenster Ebene, die sich sorgen die Kontrolle über mögliche Bewegungen zu verlieren.

Viele AktivistInnen außerhalb des täglichen Betriebslebens unterschätzen diese Mühen. Das herrschende politische Bewusstsein der Massen innerhalb und außerhalb der Fabriken und Verwaltungen unterscheidet sich nicht sehr. Aber an den Arbeitsplätzen befindet sich die objektive Kraft, die mit diesen Verhältnissen brechen kann. Dennoch ist jegliche Überheblichkeit gegenüber den AktivistInnen in den sozialen Bewegungen völlig fehl am Platze. Das Engagement, der Enthusiasmus und der lange Atem tausender Kämpferinnen und

Kämpfer in den sozialen Bewegungen gegen die Resultate kapitalistischer Wirtschaft- und Gesellschaftspolitik sollten für viele Gewerkschaftsmitglieder beispielhaft sein.

Die Ebene der alltäglichen Reproduktion, der umfassenden alltäglichen Lebensbedingungen betrifft uns alle. Wir müssen daran arbeiten, dass es zu Betrieblichen-Alternativen Bündnissen kommt. Die Trennlinien zwischen Betrieb und Straße müssen aufgehoben werden, national wie international. ■

FORUM BETRIEB, GEWERKSCHAFT UND SOZIALE BEWEGUNG

Wir bieten einen Treffpunkt für alle, die Widerstand leisten wollen gegen Lohnkürzungen und Sozialabbau! Für alle KollegInnen, Gewerkschaftsmitglieder, Nichtmitglieder, Prekäre, MigrantInnen, Erwerbslose und RentnerInnen, die Kritik haben. Kritik an den herrschenden Parteien und am System, das diese Zustände hervorbringt und an den Gewerkschaftsführungen, die zum Beispiel der Agenda 2010, den Hartz-Gesetzen und der kriegerischen Außenpolitik keinen ernsthaften Widerstand entgegengesetzt haben.

Mit der Sicherung des »Standortes« wurde jede Verschlechterung begründet, die uns in den letzten Jahren zugemutet wurde. Diese Standortlogik wird von großen Teilen der Gewerkschafts- und Betriebsratsspitzen verfolgt.

Wir wollen uns einmischen, eine Plattform für den gesellschaftskritischen Widerstand in unserer Stadt werden, die Solidarität zwischen den kämpfenden KollegInnen organisieren, uns über die Betriebe hinaus vernetzen, international zusammenarbeiten, informieren, diskutieren, schulen und uns und den Widerstand vorwärts bringen. Wir treten für eine demokratische und offene Streitkultur innerhalb der Gewerkschaften ein.

Wir treffen uns jeden letzten Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Mediengalerie, in der Dudenstraße 10, am U-Bahnhof Platz der Luftbrücke.

Wer zu unseren Veranstaltungen eingeladen werden möchte oder Kontakt aufnehmen möchte, melde sich bitte unter: forumberlin@web.de. ■

DEMOKRATIE IM NOTSTAND

Geheimdienste und die sächsische Landesregierung sind sich einig: Der Feind steht links

Dresden, Februar 2012: Das dritte Jahr in Folge gelingt es antifaschistischen Kräften, den bis dahin größten neofaschistischen Aufmarsch Europas zu verhindern. Mindestens genauso lange hat die Staatsmaschinerie des Freistaates Sachsen alle Räder in Bewegung gesetzt, um diesen antifaschistischen Abwehrkampf zu verhindern. Die Mittel reichten von der massenhaften Handydatenerfassung vermeintlicher DemonstrantInnen, über die Einleitung von Verfahren nach Paragraph 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) bis hin zu Wasserwerfern, Schlagstock- und Pfeffersprayorgien. Selbst vor einer direkten Zusammenarbeit mit Neofaschisten wurde nicht zurückgeschreckt, als CDU und FDP im sächsischen Parlament mit den Stimmen der NPD die Abgeordnetenimmunität des Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei, André Hahn, aufhoben, um gegen ihn ein Verfahren wegen Beteiligung an antifaschistischen Protesten in Dresden einzuleiten.

Die sächsischen Behörden haben mit ihrem Wüten den Abbau demokratischer Rechte vorangetrieben – und doch ist die »sächsische Demokratie« keine Ausnahme: Immer dann, wenn sich breiter Widerstand formiert, bleiben demokratische Rechte auf der Strecke. Dabei geht es den



gesellschaftlichen Eliten im Fall Dresden um mehr als einen Naziaufmarsch – sie wissen sehr genau: Wenn Gewerkschaftlerinnen, KirchenvertreterInnen, KommunistInnen und autonome AntifaschistInnen zusammen Naziaufmärsche stoppen können, kann sich auch eine gesellschaftliche Allianz gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf breite Bevölkerungsteile bilden. Das gilt es aus Sicht der Herrschenden zu verhindern – durch Einschüchterung, Spaltung und Repression.

Während im Namen des »Kampfes gegen Linksextremismus« antifaschistische Kräfte im Fadenkreuz der Behörden stehen, unterstreichen die Erkenntnisse um die Naziterrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) das systematische Zusammenspiel zwischen deutschen Geheimdiensten und Neofaschisten. Immer mehr verdichten sich die Hinweise, dass sowohl der Thüringer Verfassungsschutz (VS) als auch der Militärische Abschirmdienst (MAD) über den Aufenthaltsort der NSU-Gruppe informiert waren, nachdem ihre Mitglieder 1998 untertauchten und bis 2006 mindestens neun Menschen mit Migrationshintergrund ermordeten. Und es blieb nicht beim Wegschauen: Mit insgesamt 200 000 D-Mark sponserte der Thüringer VS über einen V-Mann den »Thüringer Heimatschutz« – eine

neofaschistische Gruppe, in der sich die NSU-Mitglieder radikalisierten.

Angesichts dessen das Für und Wider von V-Leuten in der neofaschistischen Szene zu diskutieren, lenkt vom eigentlichen Problem ab, eine »Reform« der deutschen Geheimdienste zu fordern. Das eigentliche Problem ist: Dieser Staat leistet durch V-Leute, durch Wegsehen und finanzielle Zuschüsse Aufbauarbeit für neofaschistische Strukturen. Die Sicherheitsbehörden müssen nicht ihre Arbeit verändern, weil sie nämlich das tun, was sie tun sollen: Eine militante Struktur der Neofaschisten im Wartestand halten – gegen möglichen sozialen Widerstand, den deutsche Banken und Konzerne aufgrund ihrer forcierten Ausbeutung immer stärker hervorrufen. ■

NAZIAUFMARSCH IN HAMBURG VERHINDERN

Am 2. Juni 2012 den sogenannten »Tag der deutschen Zukunft« verhindern.
Infos unter: keine-stimme-den-nazis.org

DORTMUND STELLT SICH QUER!

Am 1. September 2012 die Nazis in Dortmund blockieren.
Infos unter: dortmundquer.blogspot.de

GRÜSSE AUS JAPAN VON DORO-CHIBA

In der japanischen Präfektur Chiba, einem wichtigen Ballungszentrum in der Nähe von Tokyo haben sich ArbeiterInnen in einer kämpferischen Gewerkschaft organisiert

Doro-Chiba (DC) ist eine kämpferische Eisenbahngewerkschaft in Japan. Ihr Sitz ist in der Präfektur Chiba, ein Ballungszentrum und Verkehrsknotenpunkt östlich von Tokyo. DC kämpft seit 1987 konsequent gegen Privatisierung, gegen Leih- und Zeitarbeit und gegen Outsourcing. Von Anfang an war DC eng verbündet mit anderen Gewerkschaftsströmungen, mit der Bewegung gegen den Bau des Flughafens Narita, mit der Studentenbewegung Zen-gakuren oder seit 2011 mit der wachsenden Anti-AKW-Bewegung NAZEN. Zentrales Anliegen ist die weltweite Schaffung einer klassenorientierten ArbeiterInnenbewegung und die Wiederbelebung der Gewerkschaften. Im Interview sagte der DC-Präsident Tanaka: »Die Arbeiter weltweit sind unzufrieden mit der Situation. Wir haben eine große Chance, den Kapi-

talismus zu stürzen. Aber viele Arbeiter – noch immer die Mehrheit – wissen das nicht, sind sich darüber nicht im Klaren. Internationale Solidarität über die Grenzen hinweg aber kann das Bewusstsein der Arbeiter verändern. Alle Arbeiter sind letztlich isoliert. Da gibt es etwa den Gegensatz zwischen regulären (festangestellten) Arbeitern und Zeitarbeitern. Diese Differenzen müssen überwunden werden. Auch die nationalen Grenzen müssen wir überwinden. Wenn die Arbeiter isoliert sind, dann können sie keine Perspektiven entwickeln. Seit 2003 haben wir daher die internationale Arbeit begonnen und Kontakt in andere Länder aufgebaut. Das kann auch mit allen Arbeitern so geschehen. Internationale Solidarität ist sehr notwendig, und zwar nicht nur, weil das Kapital eben auch global ist. Durch internationale Solidarität kann sich

vor allem das Bewusstsein der Arbeiter weltweit verändern. Dadurch bekommt die Losung des Manifestes der Kommunistischen Partei auch einen ganz neuen Klang: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« Internationale Solidarität eröffnet den gewöhnlichen Arbeitern weltweit, »Danketsu« zu schaffen und zu erweitern.»

»Danketsu« ist ein japanisches Wort, das lexikalisch mit »Solidarität« ins Deutsche übersetzt wird, aber im Japanischen stärker die Bedeutung des »unbedingten Zusammenhaltes« hat. »Danketsu« als Erfahrung ist für DC der wichtigste Faktor bei der Herausbildung von Klassenbewusstsein. Doro-Chiba ist sehr am Aufbau von Kontakten weltweit interessiert, sie kann – auch auf Deutsch – kontaktiert werden: doro-chiba-international-de@auone.jp. ■



»DIE ARBEITERKLASSE BEWEGT«

Dimitris Liakos über den Kampf im griechischen Stahlwerk »Elliniki Chalywurgia«



Warum habt ihr die Fabrik besetzt? Welche Rolle spielt dabei die zugespitzte Wirtschaftskrise in Griechenland und der EU?

DIMITRIS: Es handelt sich nicht um eine Besetzung, sondern um einen Streik in Form von 24-stündigen, sich wiederholenden Streiks. Die leitenden Angestellten des Unternehmens betreten normalerweise den Raum ohne jegliches Verbot. Am 17. Oktober 2011 hat das Unternehmen die Festlegung auf fünf-tägige und fünf-stündige Arbeit und die entsprechende Lohnsenkung gefordert. Alternativ wurde eine turnusmäßige Schicht oder die Entlassung von 180 Kollegen vorgeschlagen. Durch eine beschlussfähige Generalversammlung haben wir es abgelehnt. Am 31. Oktober wurden 18 Kollegen ohne Vorankündigung entlassen und wir haben den Streik angefangen. Am 2. Dezember folgte darauf eine zweite Entlassungswelle, diesmal in Form einer legalen Kündigung mit Abfindung. Zu diesem Zeitpunkt gab es schon 65 Entlassungen. Die neuen Maßnahmen der griechischen Regierung sind der Ausgangspunkt der Entlassungen gewesen. Die Sache ist politisch. Die große Koalition aus PASOK, ND und LAOS hat einen Bankier gewählt, um uns zu unterdrücken.

Hat eure Besetzung das Ziel, Forderungen an die Unternehmensleitung durchzusetzen,

wie bei einem Streik, oder wollt ihr es in Eigenregie weiterführen?

DIMITRIS: Wir haben vor 126 Tagen einen Streik angefangen, nicht um etwas zu fordern, sondern aufgrund der Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen. Es geht darum, dass der Tarifvertrag nicht durch individuelle Arbeitsverträge ersetzt wird sowie dass die Gleitzeit sich nicht durchsetzt. Dazu kommt auch die Bewahrung unseres Verbands. Wir wollen das, was wir bis zum 31. Oktober hatten.

In Kämpfen werden immer gemeinsame und individuelle Erfahrungen gesammelt. Wie organisiert ihr euch? Von wem erfahrt ihr Solidarität?

DIMITRIS: Ganz Griechenland unterstützt uns – nicht nur Griechenland. Wir haben Resolutionen und materielle Hilfe aus der ganzen Welt bekommen. Aus Amerika, Australien, Belgien, Kanada, Indien, Bangladesch, Pakistan, Norwegen, Finnland, Deutschland. Wir denken, dank der Solidarität der Bevölkerung wird der Streik viel länger dauern. Wenn nötig werden wir nicht nur 126, sondern auch 1126 Tage kämpfen. In diesem Streik haben wir große Momente erlebt. Aufregung, Auseinandersetzungen, Verrat. Die Entscheidungen kommen durch Generalversammlungen oder unseren Vorstand zustande und zwar fast immer einstimmig – sie werden

also von unten getroffen. Wir bewerten die Entwicklungen, bleiben in ständigem Kontakt mit den Klassengewerkschaften und mit Arbeiterverbänden aus dem ganzen Land. In der Fabrik haben sich verschiedene Arbeitsgruppen organisiert: AG Verteilung von Nahrungsmitteln, AG Kampf, AG Solidarität, Frauen AG – die letzteren sind schon seit der zweiten Woche ständig an unserer Seite.

Bekommt ihr Streikgeld von der Gewerkschaft? Wovon leben eure Familien, während ihr das Werk besetzt haltet?

DIMITRIS: Es gibt dank der Solidarität der Bevölkerung und der Arbeiterklasse einen Fonds, aus dem wir einen bestimmten Betrag jede Woche oder alle zehn Tage bekommen. Wir bekommen kein Streikgeld. Unsere Frauen und unsere Kinder verstehen, dass wir mit einer Beihilfe von 100 Euro pro Woche oder alle zwei Wochen überleben müssen. Weil wir einen Kampf führen. Wir kämpfen für die Kontrolle über unser Leben und für die kommenden Generationen. Die Menschen fordern uns jeden Tag auf durchzuhalten. Wir denken, besser jetzt den Hunger aushalten, als ein ganzes Leben eine hungernde Arbeiterklasse zu sein.

Die Frauen-Föderation von Griechenland und andere verkaufen Coupons für unseren Streik. In Berlin wurde ein Solida-

ritätskonzert veranstaltet. Verbände, Institutionen, Vereine, Versammlungen, Klassengewerkschaften, RentnerInnen, Arbeitslose unterstützen uns. Die Arbeiter der LARCO schickten einen LKW Milch, die Ärzte der Welt schickten Medikamente, PAME unterstützt uns in jeder Hinsicht – sie schickten 330 Lämmer zu Weihnachten. Alle haben entweder Nahrungsmittel oder Geld, egal ob viel oder wenig, angeboten. Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen.

Wie können wir euch von Deutschland aus am besten unterstützen? Gibt es einen Solifonds?

DIMITRIS: Wichtiger als die finanzielle Unterstützung ist für uns, dass die deutsche Bevölkerung informiert wird, denn Solidarität ist eine Herausforderung der gesamten Arbeiterklasse. Wir werden gefragt, wie wir den Mut zum Aufstand gefasst haben, obwohl viele Menschen in Griechenland nicht reagieren oder wie wir das Ignorieren unseres Kampfs durch die Medien aushalten können. Die Arbeiterklasse sollte keine Angst vor irgendetwas haben. Wie wir seit 126 Tagen, soll sie die Angst bekämpfen und sich gegen die sogenannten Plutokraten und diejenigen die Europa regieren, erheben. Keine Unterwerfung unter die Bosse, die globalen Trusts, die Monopole und vor allem das Bankensystem. Dies ist die Botschaft, die wir vermitteln wollen: Informationen verbreiten, gemeinsame Aktivitäten entwickeln, den Aufstand probieren. Wir fordern ein menschenwürdiges Leben, vor allem für die jungen Generationen. Folgendes sollen die Arbeitnehmer im Kopf haben: Ohne die ArbeiterInnen, ohne die Arbeiterklasse bewegt sich nichts. Wir senden die Nachricht an alle ArbeiterInnen in jeder Stadt Deutschlands. Damit alle ArbeiterInnen sich gegen die Monopole erheben, gegen diejenigen, die unser Leben zerstören. ■

INFOS AUF GRIECHISCH

apergiamazi.blogspot.com
www.xalubourgioagonistes.blogspot.com

KONTO DES SOLIFONDS

Ethniki Trapeza
Kontonummer: 200/623301-52
IBAN: GR 40 0110 2000 0000 2006 2330 152

EINLADUNG ZUM LABOR FEST BERLIN

Das Laborfest wurde 1994 in San Francisco begründet, um die Geschichte und Kultur der arbeitenden Menschen in einem jährlichen Kultur-, Film und Kunstfestival zu institutionalisieren. Dort beginnt es jeden 5. Juni, weil dies der Jahrestag des »Blutigen Donnerstag« 1934 ist. Das Organisationskomitee des Laborfests in San Francisco ist breit, offen und zusammengesetzt aus Gewerkschaftlern und unorganisierten Arbeitern, Kulturschaffenden sowie Unterstützern von Arbeiterbildung und Arbeitergeschichte. Es unterstützt die Ausbreitung von Laborfesten auch international. Ort und Zeitpunkt werden jeweils lokal festgelegt. Es gibt schon Laborfeste weltweit zum Beispiel in Tokyo und Osaka, in Buenos Aires, in El Alto, in Capetown, Istanbul und in Wien. Die Notwendigkeit des Aufbaus lokaler, nationaler und internationaler Solidarität ist entscheidend, wenn die ArbeiterInnen den Herausforderungen an allen Fronten ins Gesicht sehen sollen. Laborfeste helfen unsere Kämpfe zusammenzubringen, in Kunst, Film und Musik. In Berlin wird das erste Laborfest am 23. Juni 2012 stattfinden. Die Initiatorengruppe ist für Unterstützer und Mitgestalter offen. Weitere Infos unter laborfestberlin.twoday.net. ■

REPRESSION IN KOLUMBIEN

Während die Bundesregierung das »günstige Investitionsklima« in Kolumbien lobt, vollzieht sich dort eine, durch systematischen (para-)militärischen Terror flankierte, neoliberale Umstrukturierung. Überwiegend transnationale Konzerne beuten die wertvollen Ressourcen des Landes aus. Sie profitieren von der Schwächung beziehungsweise Zerschlagung der Gewerkschaften und der Vertreibung der Landbevölkerung, die es ihnen ermöglicht, hohe Gewinne zu erzielen. Gewerkschafterinnen und Bauernorganisationen stellen sich der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, dem Ausverkauf gesellschaftlicher Güter und der Vertreibung von ihrem Land entgegen. In keinem anderen Land werden mehr GewerkschafterInnen ermordet. Mehr Infos unter baso-news.de. ■

KRIEGE VERHINDERN

Effektiver Widerstand statt blumiger Sonntagsreden



Gewerkschaften sind die größten Organisationen der Lohnabhängigen und könnten als fortschrittliche Kraft in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wirken, was sie aber leider nicht, oder viel zu wenig tun. In allen großen Fragen und praktischen Anstrengungen um eine menschlichere Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg, nehmen die DGB-Gewerkschaften eine

zurückhaltende Rolle ein, die häufig in einer Unterstützung der Regierungspolitik mündet.

An der Spitze der DGB-Gewerkschaften stehen meist Funktionäre, welche mit der Sozialdemokratie verbunden sind. Sie wollen keine grundsätzlichen Veränderungen. Sie setzen immer wieder auf die alte Formel: Sozialpartnerschaft statt Konfrontation mit der Unternehmenseite. Die klassenkämpferischen Teile an der Basis, die sich auch über gewerkschaftliche Kämpfe hinaus engagieren und sich gegen die kapitalfreundliche Politik ihrer Führung stellen, werden oft bekämpft und sind noch zu schwach, um die Gewerkschaftspolitik in eine andere Richtung zu treiben. Dies liegt auch an der passiven Mitgliederzahl.

Während im Sozialbereich radikal gekürzt wird, stehen für die Bundeswehr und ihre Auslandseinsätze Milliarden zur Verfügung. Bei den Militäreinsätzen geht es vor allem darum, deutsche Interessen gewaltsam durchzusetzen. Auch hohe Gewerkschaftsfunktionäre sprechen sich auf Friedensdemonstrationen gegen die deutschen Kriegseinsätze, die Waffenexporte und gegen die Kriegsproduktion aus. Gleichzeitig macht sich die IG-Metall jedoch für eine Steigerung der Rüstungsproduktion und der Rüstungsexporte stark. Die »Einsatzfähigkeit« der Kriegsmarine gegen die »Bedrohung des freien Warenverkehrs« muss ebenso sichergestellt werden, wie die »Exportfähigkeit« deutscher Waffen, heißt es in einem Papier, das von Kai Burmeister, der beim IG-Metall-Vorstand für Wehrtechnik zuständig ist, mit herausgegeben wurde.

Auch die Verdi-Führung bezieht sich unkritisch auf die Bundeswehr: »Es ist für Verdi selbstverständlich, dass für den Eintritt in die Bundeswehr auch geworben wird«, verlautbarte der Vorsitzende Frank Bsirske und distanzierte sich von einer Aktion gegen eine Rekrutenwerbung beim Hestentag 2011. Es gibt aber auch tatsächliche Kriegsgegner bei Verdi. Zahlreiche Delegierte forderten beim letzten Verdi-Bundeskongress einen Beschluss, wonach jegliche Beteiligung der Bundeswehr an kriegerischen Auseinandersetzungen abgelehnt werden soll. Die Gegner eines solchen Beschlusses brachten wieder die Sicherung von Arbeitsplätzen bei der Bundeswehr ins Spiel. Das Ergebnis der Diskussion lautet: »Verdi setzt sich dafür ein, dass die Bundeswehr ausschließlich der Landesverteidigung dient. Auslandseinsätze sind vom Parlament zu beschließen und auf humanitäre Blauhelm-Einsätze im Rahmen der UNO-Charta zu begrenzen.«

Aber sind nicht alle Kriegseinsätze seit 1990 vom Parlament abgesegnet? Auch der nun seit zehn Jahren andauernde Afghanistan-Krieg? Sitten im Parlament etwa Leute, die die Kriegslasten, das Leid und die Zerstörung zu tragen haben? Nein, im Gegenteil. Die Abgeordneten gehören in der Mehrheit zu den Unterstützern der Kriege, die immer um wirtschaftliche Interessen der kapitalistischen Staaten geführt werden.

Um eine starke Antikriegsbewegung aufzubauen, müssen wir die kämpferische Basis der Gewerkschaften und deren eindeutige Antikriegshaltung stärken, damit die Macht der Vorstände gebrochen wird! Kämpfen wir gemeinsam gegen Kapitalismus und Krieg!

HISTORISCHER RÜCKBLICK ZUR HALTUNG ZUM KRIEG

Sowohl im ersten Weltkrieg, als auch bei der Remilitarisierung der BRD nach 1945 war die Gewerkschaftsbasis ein entschlossener Teil der Friedensbewegung und es gab heftige Kämpfe gegen die Politik ihrer Führung, die im Verbund mit der Sozialdemokratie immer wieder auf die kriegführende Seite eingeschwenkt ist. So haben vor allem die Gewerkschaftsführungen für die Kriegskredite im ersten Weltkrieg gestimmt und ein Stillhalteabkommen der Gewerkschaften mit Kaiser und oberster Heeresleitung geschlossen. Nach dem ersten Weltkrieg hieß es »Nie wieder Krieg«. In Wirklichkeit aber hat die sozialdemokratische Regierung mit Unterstützung der Gewerkschaften die Reichswehr aufgebaut. Nach dem Zweiten Weltkrieg folgte die Remilitarisierung trotz des großen Widerstands aus fast allen gesellschaftlichen Schichten. Es gab heftige Ablehnung,

erbitterte Diskussionen, Resolutionen, Warn- und Proteststreiks gegen die erneute Aufrüstung. Ganze Belegschaften aus Großbetrieben haben dagegen gestimmt. Und während es noch vom Vorstand rhetorische Zugeständnisse gab, um die Unruhen unter den Belegschaften im Zaum zu halten, verhandelte bereits eine DGB-Delegation mit den Staboffizieren der US-Armee und Politikern der Adenauerregierung über die Rolle der Gewerkschaften bei der »Verteidigung Westeuropas«. Die Gewerkschaft stimmte für die Wiederbewaffnung. Bei den großen Friedensdemonstrationen in den 80er Jahren gegen die Stationierung von US-Raketen auf dem Boden der BRD hat sie sich wiederum auf die Seite der Kriegstreiber gestellt und ihrer aktiven Basis verboten, als Gewerkschaftsmitglied an den Demonstrationen teilzunehmen.

HÄNDE WEG VON IRAN UND SYRIEN

Der Westen – allen voran die USA, die EU und die Bundesregierung – drängt zur Verabschiedung einer Resolution im UN-Sicherheitsrat, die das syrische Regime nicht nur verurteilt, sondern die auch Sanktionen verhängen soll. Damit soll letztendlich der Weg zu einer Militärintervention geebnet werden, ganz nach dem Muster Libyen. Der Krieg gegen Libyen hinterließ an die 50 000 Tote, Hunderttausende Verletzte, zerstörte Städte und eine zerbrochene Gesellschaft mit ungewisser Zukunft. Die Sanktionen gegen Iran sind bereits ausgereizt. Mit dem totalen Öl-Embargo der EU und den US-Sanktionen gegen die iranische Zentralbank soll die Wirtschaft des Iran schwer getroffen und das Land damit in einen Zustand innerer Unruhen und Konflikte gestürzt werden.

Wer gegen Krieg ist, wird in den Mainstream-Medien als Unterstützer von autoritären Regimen verleumdet. Wir solidarisieren uns jedoch mit den Menschen in Syrien und Iran, nicht mit den dortigen Herrschern. Veränderung, hin zu mehr Demokratie und zu sozialer Gerechtigkeit kann nur von innen kommen, im Widerstand gegen die Diktatoren. Deshalb müssen wir uns gegen jede imperialistische Militärintervention stellen und den Kampf linker und fortschrittlicher Kräfte in Syrien und dem Iran unterstützen. Falls es zu einem militärischen Angriff auf Syrien oder den Iran kommt, rufen wir dazu auf gegen den Kriegseinsatz aktiv zu werden.

Informationen zu Antikriegsprotesten unter nowar.blogspot.de

»WIR WOLLEN IN DER SCHULE KEINEN OFFIZIER«

Reinhard Wagner ist in der GEW und Lehrer für Fachkunde für Maler und Lackierer, Englisch und Sozialkunde

Reklamefeldzüge der Bundeswehr, um Jugendliche als SoldatInnen zu gewinnen, haben bundesweit zugenommen. Wie sieht ihr diese Entwicklung?

REINHARD: Das Bestreben, durch Vorträge von Jugendoffizieren vor Schulleitern die Wege in die Klassenräume zu ebnen, wo es – wie in Berlin – kein Kooperationsabkommen zwischen Schulbehörde und Bundeswehr gibt, erscheint folgerichtig in einer Zeit, in der die Bundeswehr gewandelt wird zu einer weltweit einsatzfähigen, professionellen Interventionsarmee, denn »Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet.« (aus den Verteidigungspolitischen Richtlinien). Dumm ist nur, dass viele Staatsbürger da nicht mitziehen, also wird die Werbung um Zustimmung – durch Jugendoffiziere in den Schulen – und das Bewerben der Bundeswehr als Arbeitgeber – durch Wehrdienstberater, die früher zutreffender Werber hießen – mit ständig wachsenden Etats weiter ausgebaut werden.

Es gibt in einigen Bundesländern Kooperationsabkommen zwischen den Kultusministerien und der Bundeswehr. Was beinhalten diese Abkommen?



REINHARD: Diese Kooperationsabkommen sind Türöffner von oben in den Unterricht. Schulleitungen und Lehrern wird durch den Weisungscharakter der Vereinbarungen eine Verpflichtung suggeriert, die Spezialisten der Bundeswehr einzuladen zu abzudeckenden Themenbereichen wie internationale Beziehungen, Sicherheitspolitik und Terrorismus. In die Ausbildung von LehrerInnen hingegen wurden tatsächlich obligatorische Veranstaltungen mit Jugendoffizieren eingebaut.

Was können SchülerInnen und LehrerInnen tun, wenn sie keine Werbung der Bundeswehr an ihrer Schule zulassen wollen?

REINHARD: Schulische Gremien, die Gesamtkonferenz der Lehrkräfte, die Schüler- und Elternvertretung, die Schulkonferenz sollten präventiv Beschlüsse fassen, um öffentlichkeitswirksam zu verdeutlichen: Wir wollen in unserer Schule keinen Offizier sehen. So werden noch am wirksamsten Jugendoffiziere oder Wehrdienstberater davon abgehalten, sich mittels ihrer

regelmäßigen Briefe an die Fachbereichsleitungen für Sozialkunde selbst einzuladen und leicht beeinflussbare Lehrer und Schulleitungen werden entmutigt, Einladungen auszusprechen. Sollte doch eine Einladung ausgesprochen worden sein, bieten sich Aktionen vor und in der Schule an, um deutlich zu machen, dass nicht alle Mitglieder der Schulgemeinschaft erbaut sind über den Besuch. Für den Fall, dass all dies nicht zum Erfolg führt, bleibt als letzter Weg noch der individuelle Antrag auf Unterrichtsbefreiung aus Gewissens-

gründen. Ausführlichere Infos zu allen drei Möglichkeiten auf unserer Website schule-ohne-militaer.de.

Am 24. März 2011 hat die Schulkonferenz des Robert-Blum-Gymnasiums in Berlin-Schöneberg beschlossen, die Bundeswehr nicht in die Schule zu lassen. Als »Schule ohne Militär« lehnt sie eine Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit der Bundeswehr grundsätzlich ab. Die CDU und andere haben sich gegen diesen Beschluss gewandt, da die Bundeswehr eine Institution mit Verfassungsrang sei. Was sagst du zu dieser Position?

REINHARD: Auch die Bundeskanzlerin oder der Verteidigungsminister sind Institutionen mit Verfassungsrang. Ich würde aber im Traum nicht daran denken, sie meinen Unterricht ganz oder teilweise übernehmen zu lassen, denn weder die jeweilige Regierung noch der Werbestrategie qua Amt für die Bundeswehr, der an Befehle gebundene Jugendoffizier, sind in der Lage, die Anforderungen des Beutelsbacher Konsens' an politischen und sozialkundlichen Unterricht zu erfüllen: Was gesellschaftlich kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen, auch wenn es dem Lehrer nicht passt. Und die Schüler dürfen von der Meinung der Autorität nicht überrollt werden. Ein Lehrer weiß das, hat es gelernt und kann das, eine Bundeskanzlerin oder ein Jugendoffizier nicht, denn sie haben ganz andere Aufgaben.

TERMINE

VERANSTALTUNG

TREND-Gespräch Nr. 6

Diskussion zur Weiterführung des MieterInnenkampfes in Berlin mit VertreterInnen vom Forum Wohnungsnot...

DEMONSTRATION

Free Mumia - Now!

Seit drei Jahrzehnten steht der Kampf für das Leben und die Freiheit des afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal stellvertretend für den Widerstand gegen politische Repression...

Samstag, 21.04.2012, um 16 Uhr am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin-Mitte

VERANSTALTUNG

Euer Kapital. Eure Krise. Unser Widerstand

Podiumsdiskussion zum Charakter der Krise, Formen der Kapitalherrschaft und Perspektiven ihrer Überwindung.

Donnerstag, 26.04.2012, um 19 Uhr im Festsaal Kreuzberg in der Skalitzer Straße 130 in Berlin-Kreuzberg

DEMONSTRATION

Heraus zum 1. Mai

Klassenkämpferische Blöcke auf der DGB-Demo und der Revolutionären 1.-Mai-Demonstration

Dienstag, 01.05.2012, um 9 Uhr am Hackeschen Markt in Berlin-Mitte und um 18 Uhr am Lausitzer Platz in Berlin-Kreuzberg

VERANSTALTUNG

Cecososola: Gelebte Utopie einer Kooperative in Venezuela

Besuch einer Delegation der Kooperative aus Venezuela und Vorstellung des Buches »Auf dem Weg« über den Kooperationsverbund Cecososola in Venezuela

KONFERENZ

Politische Streiks im Europa der Krise

Internationale Konferenz mit generalstreikfähigen Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften des europäischen Auslands.

Samstag, 05.05.2012, von 11 Uhr bis 19 Uhr in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin-Friedrichshain

DEMONSTRATION

Internationale Aktionstage gegen die unsoziale Kürzungspolitik der Troika

Vielfältige Protestaktionen vom 17. bis zum 19. Mai 2012 in Frankfurt am Main

VERANSTALTUNG

»Occupy a crane«

Die 52-jährige Kim Jin Suk besetzte 306 Tage lang einen Kran auf der Hanjin Werft in der südkoreanischen Stadt Pusan und verhalf damit dem Streik gegen Entlassungen zum Erfolg.

Dienstag, 22.05.2012, um 19 Uhr im Taz Café, Rudi-Dutschke-Straße 23 in Berlin-Kreuzberg

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

Klassenkämpferischer Block

MEHR INFOS:

klassenkampfblock.blogspot.de

V.i.S.d.P.: M. Grüss,

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

IN BEWEGUNG KOMMEN ...

Auf die Straße am 1. Mai und an den Aktionstagen gegen die Kürzungspolitik



Am 1. Mai gehen weltweit Millionen Menschen auf die Straße, um ihre Wut auf ein System, das Kriege, Elend, Armut und die Zerstörung der Umwelt verursacht, zum Ausdruck zu bringen.

und Forderungen Ausdruck zu verleihen. Außerdem machen wir bei der revolutionären 1. Mai-Demonstration am Abend mit.

In der Krise hat sich die zerstörerische Seite des Kapitalismus offen gezeigt. Kriege, Umweltzerstörung, wachsende Armut einerseits und gigantischer Reichtum für wenige machen deutlich, dass es nur ohne den Kapitalismus ein schönes Leben

für alle geben kann. In vielen Ländern in Europa und weltweit sind die Menschen in Bewegung gekommen. An allen Ecken regt sich Widerstand: Massenproteste und Streiks in Griechenland, Spanien und Portugal, die Occupy-Bewegung in den USA, Fabrikbesetzungen in Lateinamerika und vieles mehr.

Außer am 1. Mai gibt es weitere Gelegenheiten den Herrschenden zu zeigen,

was wir von ihrem Klassenkampf von oben halten. Bereits am 31. März findet in Frankfurt am Main eine antikapitalistische Demonstration statt, die Teil eines europaweiten Aktionstages ist.

Wenn wir langfristig eine andere Gesellschaftsordnung erkämpfen wollen, brauchen wir einen langen Atem und handlungsfähige Strukturen. Durch Organierungen im Stadtteil und am Arbeitsplatz kann anstelle von Individualisierung und Ohnmacht kollektives Handeln treten.

KLASSENKÄMPFERISCHER BLOCK

Wer wir sind und was wir wollen ...

Unsere Initiative will zu einer Stärkung von klassenkämpferischen und antikapitalistischen Positionen beitragen. Wir wollen mit unserem klassenkämpferischen Block versuchen, die Trennung zwischen den Auseinandersetzungen in den Betrieben und auf dem Arbeitsamt, und den anderen politischen Kämpfen zu überwinden.

Der klassenkämpferische Block wird von linken Gruppen, GewerkschaftsaktivistInnen und Einzelpersonen getragen, die im Betrieb, bei Initiativen gegen Hartz IV und verschiedenen anderen politischen Kämpfen wie der Anti-Kriegsbewegung aktiv sind.

kämpferischen Ausdruck. Auf der DGB-Demonstration am 1. Mai wollen wir Kämpfe von BasisaktivistInnen thematisieren, die sich gegen die zunehmende Verschlechterung am Arbeitsplatz zur Wehr setzen.

Wir rufen dazu auf, sich bei der Gewerkschaftsdemonstration und bei der revolutionären 1.-Mai-Demonstration am klassenkämpferischen Block zu beteiligen.

ternehmern und den Verwaltern dieses Systems. Eine gewerkschaftliche und politische Strategie, die sich den Sachzwängen von Wettbewerbsfähigkeit und Standortlogik verpflichtet, kann keine Perspektive für die Klasse der Lohnabhängigen entwickeln.

Advertisement for 'junge Welt' newspaper featuring headlines like 'Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.' and a subscription form.